

## Beim Wolf geht es nicht vorwärts – zum Ärger der Hirten



Dominic Wirth

### **Nach dem Nein zum Jagdgesetz ist keine Lösung in Sicht. In Graubünden und im Wallis sorgt das für Unmut.**

Es ist noch nicht lange her, dass das Land darüber stritt, wie es weitergehen soll mit dem Wolf. Doch nach dem knappen Nein zum Jagdgesetz verschwand das Thema rasch aus der öffentlichen Debatte.

Im Bündnerland aber ist der Wolf stets auf der Agenda geblieben, gerade in Gebieten wie der Surselva, wo er sich häufig zeigt – zuletzt sogar auf einer Skipiste. Über 80 Prozent der Stimmbevölkerung hatten dort Ja gesagt zur Gesetzesrevision, die einen präventiven Abschuss von Wolfsrudeln ermöglicht und mehr Macht für die Kantone gebracht hätte.

Nach dem Nein, sagt Christa Buchli, war da zuerst eine Schockstarre. Doch in den letzten Wochen, so die Präsidentin des Bündner Äpler-Vereins, wachse in den Tälern des Bergkantons die Unruhe – auch, weil der Alpsommer näher rückt.

«Wir stellen uns auf einen harten Sommer ein», sagt Buchli, «denn während die Wolfspopulation weiter wächst, wurde nichts gemacht, um unsere Probleme zu lösen.» Buchli hatte gehofft, dass die Politik hält, was sie am Abstimmungswochenende versprach. Von einer raschen Neuauflage war die Rede, die für den Wolf mehr Handlungsspielraum biete.

Nun, sagt die Hirtin aus dem Safiental, sei man doch vergessen gegangen, allen Versprechungen zum Trotz. Buchli hat das Anfang Jahr auch in einem Brief an Bundesrätin Simonetta Sommaruga kundgetan.

Allerdings liegt der Ball gerade nicht bei der Umweltministerin und den Behörden in Bern. Sondern beim Parlament. Und dieses hat in den letzten Monaten wenig zustande gebracht. Zu verhärtet sind die Fronten nach dem intensiven Abstimmungskampf noch, zu tief gerade im Lager der Verlierer die Wunden nach dem knappen Nein.

Illustrieren lässt sich das am besten an einem Lösungsversuch, den die Sieger vom Herbst in der nationalrätlichen Umweltkommission lanciert hatten. Mit einer parlamentarischen Initiative wollten sie eine neue Revision lancieren. Doch diesem Plan erteilte die Schwesterkommission im Ständerat im Januar vorerst eine Absage. Es sei nach der emotional geführten Auseinandersetzung noch verfrüht, einen neuen Anlauf für eine Revision zu starten. Die Schuld dafür, dass es nicht vorwärtsgeht, schieben beiden Seiten der jeweils anderen zu. So sagt etwa Ständerat Daniel Jositsch (SP/ZH), der sich für die Nein-Kampagne eingesetzt hatte, dass man trotz des Siegs gesprächsbereit sei – das zeige auch die parlamentarische Initiative. «Doch das wird nun von der Gegenseite blockiert», so der SP-Politiker. Beat Rieder, als Walliser Ständerat ein Vorkämpfer für das neue Jagdgesetz, bezeichnet ebendiese Initiative als «Feigenblatt».

### **Was bekommen die Umweltverbände?**

Im Kern dreht sich der Konflikt um zwei Fragen. Wie weit kommen die siegreichen Umweltverbände den Bergkantonen beim Wolf entgegen? Und was bekommen sie dafür? Urs Leugger-Eggimann ist Zentralsekretär von Pro Natura. Er sagt, man sei bereit, über präventive Regulierung von Wolfsrudeln zu diskutieren – aber nur, solange die regionalen Bestände gesichert seien. Eine gleichzeitige Machtverlagerung an die Kantone ist für ihn nach dem Volksnein «vom Tisch». Im Gegenzug fordert Leugger-Eggimann einen Ausbau des Artenschutzes – etwa bei Feldhasen oder Waldschnepfen. Zudem soll die Biodiversität gestärkt werden, beispielsweise mit Geld für Wildtierkorridore.

Beat Rieder sagt derweil, man könne gerne über einen Ausbau des Artenschutzes reden. Dies sei während der gesamten Gesetzesberatung nie ein Thema gewesen. Es brauche aber für die Wolfsregulierung ein «proaktives System, das präventive Eingriffe in stark steigende Populationen ermöglicht und den Kantonen das letzte Wort gibt». Der Walliser sagt, die Zeit werde für jene arbeiten, die ein schärferes Regime fordern. «Die Wölfe breiten sich flächendeckend aus, der Problemdruck steigt, und dann werden auch die Umweltverbände und die Kantone im Unterland einsehen, dass wir mit dem Grossraubtieren anders umgehen müssen», so Rieder.

Es wird in Bern also auf Zeit gespielt. Durchwinken werden die Räte in der anstehenden Frühlingssession eine Motion, die heute im Nationalrat behandelt wird und vom Bundesrat fordert, den Handlungsspielraum im aktuellen Jagdgesetz mit Änderungen auf der Verordnungsebene auszunutzen. Das Parlament spielt den Ball also weiter zum Bund. Doch viel Handlungsspielraum bietet sich dem nicht, zumal es im Wesen von Verordnungen liegt, das Gesetz auszuloten. Oder, wie Rechtsprofessor und Ständerat Daniel Jositsch es formuliert: «Das ist etwa das Gleiche, wie die Medien aufzufordern, über Politik zu berichten».